

IMK KOMMENTAR

Nr. 6 · Dezember 2021 Hans-Böckler-Stiftung

NACH DEN AMPEL-VERHANDLUNGEN: DEUTSCHE VERLIEREN ANGST VOR STAATSVerschULDUNG

Jan Behringer, Sebastian Dullien

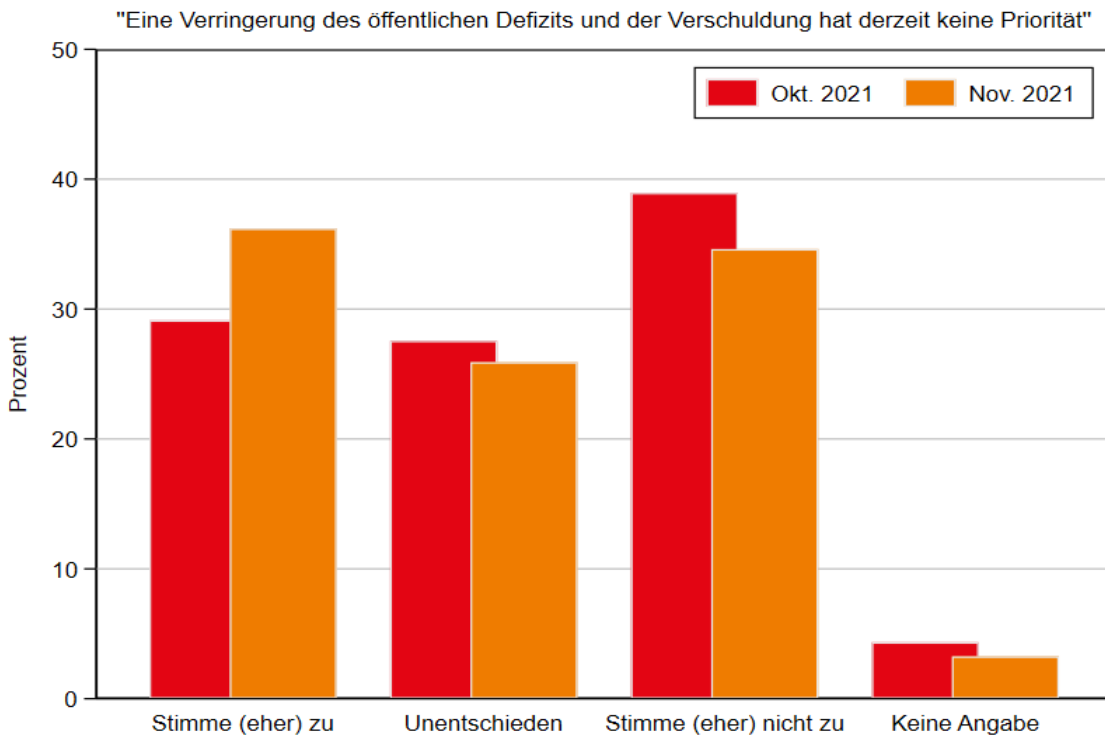
Im Koalitionsvertrag der neuen „Ampel“-Koalition aus SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP ist eine spürbare Ausweitung der kreditfinanzierten Investitionen angelegt. Eine repräsentative Umfrage im Auftrag des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung zeigt nun, dass sich in der Zeit der Koalitionsverhandlungen die Einstellung der deutschen Bevölkerung zu Staatsverschuldung signifikant verändert hat und die Befragten einen schnellen Abbau der öffentlichen Schulden derzeit als weniger wichtig ansehen als noch unmittelbar nach der Bundestagswahl.

In den ersten Tagen unmittelbar nach der Bundestagswahl hatte das IMK eine repräsentative Haushaltsbefragung der Bevölkerung Deutschlands zu den wahrgenommenen Bedarfen öffentlicher Investitionen und der Einstellung zu verschiedenen Finanzierungsoptionen veranlasst (Behringer et al. 2021). Diese Befragung umfasste auch grundsätzliche Fragen zu

der Einstellung zu Staatsverschuldung und anderen politischen Themen. In einer zweiten Welle wurden nun im November kurz vor der Vorstellung des Koalitionsvertrages (überwiegend in den Kalenderwochen 46 und 47) weitere circa 1.000 Personen befragt.

Die Umfrageergebnisse zeigen, dass sich bei der Einstellung zu Staatsverschuldung zwischen den beiden Befragungswellen deutliche Verschiebungen ergeben haben. Auf die Frage nach der Priorität des Abbaus der Staatsverschuldung antworteten nun 36,2 Prozent, sie würden eher bzw. voll und ganz zustimmen, dass Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in Deutschland derzeit keinen Vorrang hätten. 34,6 Prozent gaben an, sie würden dieser Aussage nicht zustimmen. Bei der ersten Befragung überlagerte dagegen noch der Anteil jener, die dieser Aussage nicht (voll) zugestimmt hatten (siehe Abbildung 1) und damit eine Priorität des Schuldenabbaus sahen.

Abbildung 1: Einstellung zu öffentlicher Verschuldung und Defiziten



Quelle: Online-Umfrage im Auftrag des IMK; Berechnungen des IMK.

Hans Böckler
Stiftung

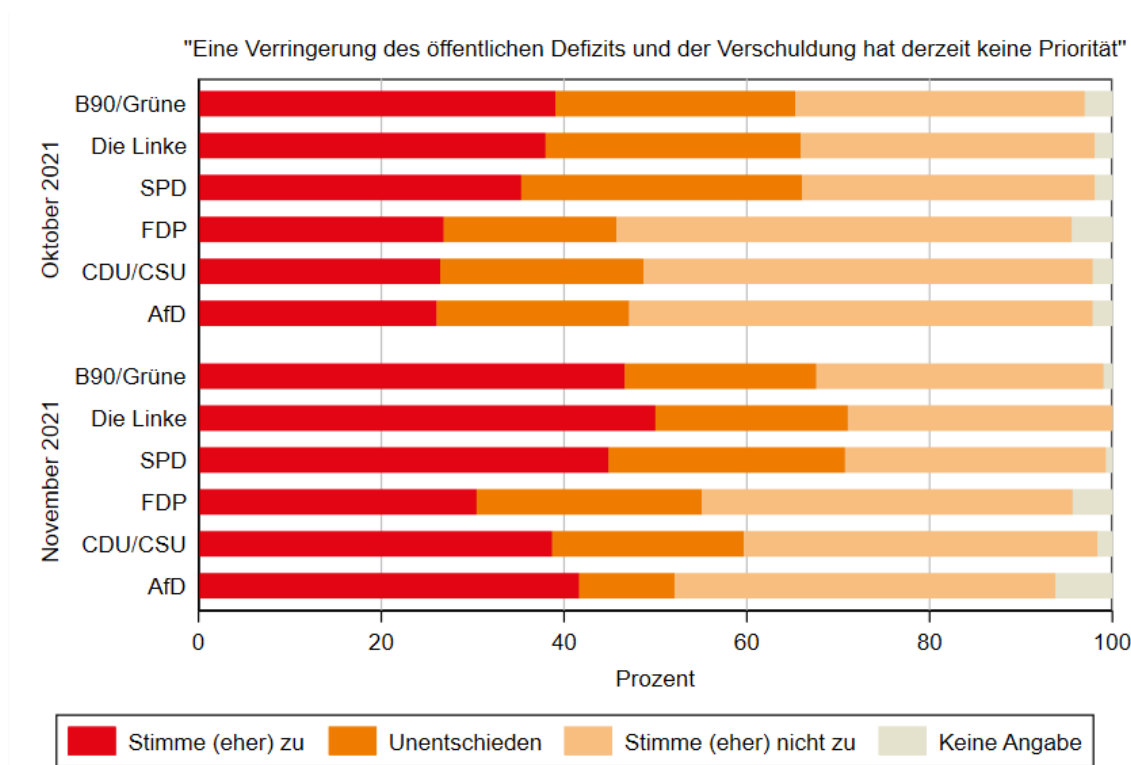
Eine analoge Verschiebung ergab sich auch bei einer weiteren Frage zu der Einstellung zu Staatsverschuldung. So äußerte in der November-Befragung ein signifikant kleinerer Anteil der Befragten Zustimmung zu der Aussage, dass Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in Deutschland keinen Aufschub dulden als noch unmittelbar nach der Bundestagswahl.¹

Analysiert man die Einstellungen nach Parteipräferenz, so stellt sich heraus, dass sich die Veränderungen auch durch eine Verschiebung des Antwortverhaltens

bei den AnhängerInnen von FDP, Union und AfD ergeben, die der Staatsverschuldung zuvor besonders skeptisch gegenüberstanden (siehe Abbildung 2). Bei der Union hielt sich in der neuen Umfrage der Anteil jener, die der Frage nach Priorität von Schulden- und Defizitabbau zustimmten, und jener, die dieser nicht zustimmten, in etwa die Waage, während im Oktober noch eine deutliche Mehrheit eine Priorität für Schulden- und Defizitabbau gesehen hatte. Unter den FDP-AnhängerInnen ging der Anteil jener deutlich zurück, die eine Priorität beim Schuldenabbau sahen. Allerdings

¹ Der genaue Fragetext lautete: „Man kann zu verschiedenen politischen Themen unterschiedliche Meinungen haben. Wie ist das bei Ihnen: Was halten Sie von folgenden Aussagen?“ Danach wurden für verschiedene Statements die Auswahlmöglichkeiten „Stimme voll und ganz zu“, „Stimme eher zu“, „Unentschieden“, „Stimme eher nicht zu“, „Stimme überhaupt nicht zu“ und „Keine Angabe“ angeboten. Die beiden hier analysierten Statements waren dabei „Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in Deutschland dulden keinen Aufschub“ und „Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in Deutschland haben im Moment keine Priorität“. Die Reihenfolge der Statements war zufällig.

Abbildung 2: Einstellung zu öffentlicher Verschuldung und Defiziten nach Parteipräferenz



Hinweis: Die Angaben sind aufgrund geringer Fallzahlen teilweise nur eingeschränkt statistisch belastbar.

Quelle: Online-Umfrage im Auftrag des IMK; Berechnungen des IMK.

Hans Böckler
Stiftung

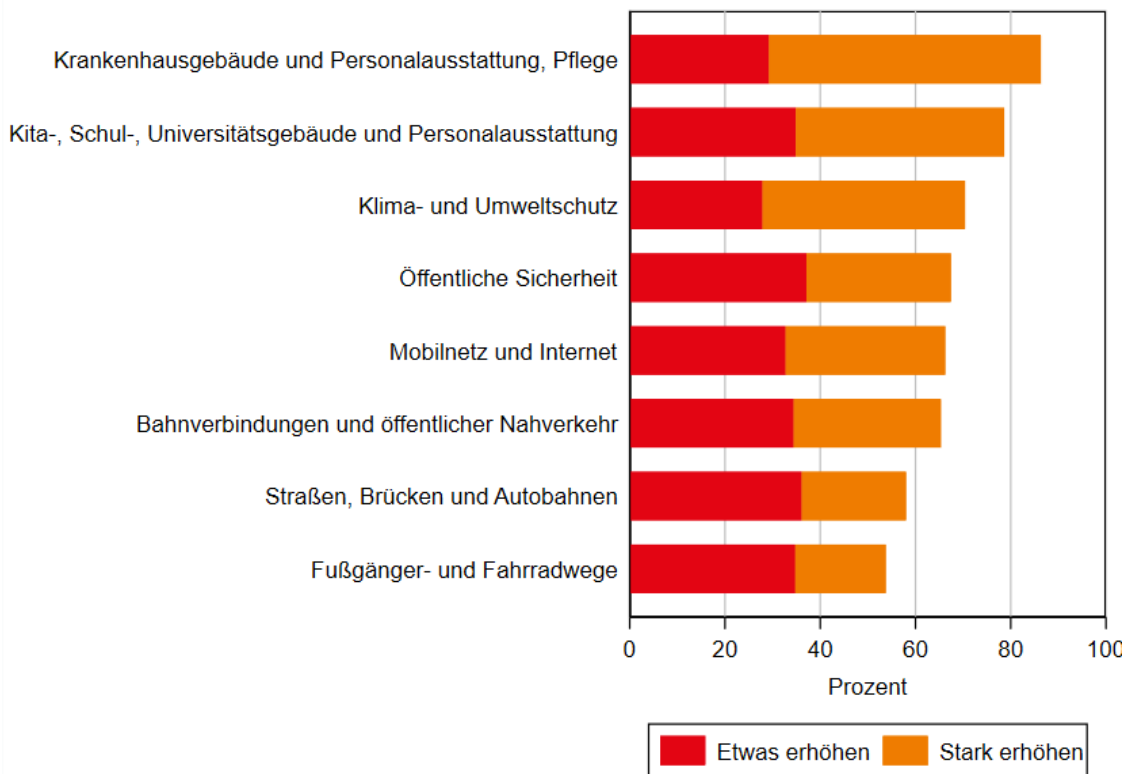
blieb der Anteil noch größer als der Anteil jener, die diese Priorität ablehnten.

Ebenfalls signifikante Verschiebungen in den Einstellungen der Befragten zeigten sich bei den Wünschen nach öffentlichen Investitionen in „Krankenhausgebäude und Personalausstattung sowie Pflege“. Hier stieg der Anteil der Personen, die eine „starke“ Erhöhung wünschten, von 57 Prozent auf 64 Prozent. Insgesamt wünschten nun 88,3 Prozent der Befragten, die Investitionen in diesem Bereich „stark“ oder „etwas“ zu erhöhen. Diese Veränderung dürfte mit dem jüngsten Anstieg der Covid-19-Inzidenzen und der aktuellen Debatte über Engpässe auf den Intensivstationen zusammenhängen.

Bereits bei der ersten Befragung (ausgewertet in Behringer et al. 2021) sprachen sich große Mehrheiten für eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen in allen abgefragten Bereichen aus (siehe Abbildung 3). Diese Präferenz für zusätzliche Investitionen findet sich auch in der November-Befragung, ohne dass sich die konkreten Anteile bei den einzelnen Investitionskategorien (außer Gesundheit und Pflege) signifikant verändert hätten.

Die Antworten auf die allermeisten anderen Fragen unterscheiden sich ebenfalls nicht signifikant zwischen der Befragungswelle unmittelbar nach der Bundestagswahl und jener zu Abschluss der Koalitionsverhandlungen.

Abbildung 3: Investitionswünsche nach Kategorien (Oktober 2021)



Quelle: Online-Umfrage im Auftrag des IMK; Berechnungen des IMK.

Hans Böckler
Stiftung

Die Kombination aus einem unverändert stark ausgeprägten Wunsch in der Bevölkerung Deutschlands nach einer Ausweitung der öffentlichen Investitionen, aber einer signifikanten Veränderung bei der Einstellung zu öffentlicher Verschuldung und Defiziten deutet darauf hin, dass mit der Debatte über die Investitionspläne der neuen Bundesregierung und den Finanzierungsoptionen in der Bevölkerung ein gewisses Umdenken eingesetzt haben könnte. Gleichzeitig deutet sich an, dass die Einstellungen zu Verschuldung möglicherweise weniger stabil sind als jene zu anderen gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Themen.

Für die neue Ampel-Koalition können diese Umfrageergebnisse als Unterstützung für die im Koalitionsvertrag vorgestellten Pläne zur Finanzierung zusätzlicher Investitionen über die Nutzung bereits erteilter Kreditermächtigungen über den Energie- und Klimafonds für Klimaschutzinvestitionen wie auch den geplanten Ausbau von Verkehrswegen interpretiert werden. Die Umsetzung dieser Vorhaben würde eine Ausweitung der Investitionen in vielen der von den Befragten gewünschten Bereichen und de facto eine stärkere Kreditfinanzierung dieser Investitionen bedeuten.

Literatur

Behringer, J. / Dullien, S. / Paetz, C.
(2021): Überwältigende Mehrheit der Deutschen will kräftige Investitionsausweitung.
IMK Policy Brief Nr. 112.

Autorenkontakt

Prof. Dr. Sebastian Dullien
sebastian-dullien@boeckler.de

Dr. Jan Behringer
jan-behringer@boeckler.de

Impressum



Herausgeber:

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf
Telefon +49 211 7778-312
imk-publikationen@boeckler.de

Pressekontakt: Rainer Jung

Telefon +49 211 7778-150

Der IMK Kommentar ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über <https://www.imk-boeckler.de/de/imk-kommentar-29977.htm>

ISSN 2702-9786

Folgen Sie uns auf Twitter:

<http://twitter.com/IMKFlash>

IMK auf Facebook:

<https://www.facebook.com/IMKInstitut>

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (BY).

